

Das Regierungsprogramm: Rassismus und Kürzungen spielen der FPÖ in die Hände

Die Erleichterung darüber, dass ein Kanzler Kickl verhindert wurde, ist groß. Doch bei Betrachtung des Regierungsprogramms wird rasch klar: dieses Paket ist die Grundlage, um die FPÖ noch stärker zu machen. Ein angeblich "linker" Finanzminister und Vertreter*innen des ÖGB in der Regierung ändern nichts am Kürzungskurs der Regierung. Vielmehr besteht die Gefahr, dass die ÖGB-Führung versuchen wird, Proteste weitgehend zu verhindern, um die Regierung nicht in Bedrängnis zu bringen. Gerade in einer Situation der wirtschaftlichen Krise zeigen sich die Nachteile der Sozialpartnerschaft für die Arbeiter*innenklasse besonders deutlich.

Sieben Einsparungsjahre als Basis

Der "Budgetpfad" von FPÖVP gilt: heuer 6,3 Milliarden, 2026 sogar 8,7 Milliarden an Kürzungen - to be continued. Bei vielen geplanten Ausgaben gilt der "Budgetvorbehalt", sie kommen nur, wenn die wirtschaftliche Lage es zulässt. Also eher nicht. Eine "Fördereffizienzarbeitsgruppe" sucht Streichungsmöglichkeiten. Nicht Unternehmensförderungen sind gemeint. Geplant ist u.a. die Streichung des Klimabonus. Die Kürzungen bei den Sachaufwänden der Ministerien von insgesamt 1,1 Milliarden Euro betreffen eine Reihe von Fördertöpfen, aus denen Sport- und Kultur-, Frauen- und Jugend-, Gewaltschutz- und Bewährungshilfe, Antirassismus und Umweltmaßnahmen, - Vereine und - Initiativen finanziert werden. Vielen wird künftig das Geld fehlen.

Auf später verschoben

Das Regierungsprogramm beinhaltet viele Allgemeinplätze. Die Koalitionspartner hoffen, potentielle Streitpunkte erst später zu behandeln. Man erkennt den Versuch der Babler-SPÖ, soziale Akzente zu setzen. So wird z.B. die Inflationsbekämpfung zur Priorität erklärt. Bei den konkreten Maßnahmen wird dann allerdings vermieden, in "den Markt" einzugreifen. Konkret soll es eine "freiwillige Vereinbarung zur Dämpfung der Inflation zwischen Lebensmittelherstellern, -händlern und der öffentlichen Hand" geben. Freiwillig bedeutet in der Praxis wirkungslos.

Ähnlich beim Kapitel **Gesundheit**, wo eine Reihe möglicher Verbesserungen als Ziele aufgelistet werden. Allerdings ist teilweise die Ärztekammer zuständig und die Mittel fehlen. Unter der Überschrift "Daheim vor stationär" steht als erster Punkt "Entlastung der pflegenden Angehörigen". Das Ziel ist, dass Menschen weniger bzw. kürzer im Spital sind und mehr zuhause gepflegt werden. Selbst wenn es hier mehr professionelle Hilfe geben würde (die geplant ist, aber aus Mangel an Ressourcen und Personal unwahrscheinlich ist), bedeutet weniger Spital mehr Pflege zuhause durch (oft weibliche) Angehörige.

Im Papier stehen Verbesserungen bei Kinderrechten, Gewaltschutz, garantierter ganztägiger Kinderbetreuung, im Bildungs- und Gesundheitswesen etc. - doch fehlt vollständig die Beantwortung der Frage, WIE das bei einem Kürzungsbudget finanziert werden soll. Die Streichung der Umsatzsteuer auf Hygieneprodukte ist positiv. Aber die Verschärfungen bei Pension oder Sozialen gehen gerade zu Lasten von Frauen. Unterm Strich also eine negative Bilanz.

Viel wichtiger als das Regierungsprogramm ist dann das Budget, das als Doppelbudget geplant ist. Denn da steht konkret drinnen, was wofür ausgegeben wird und was woher eingenommen wird.

Reichen und Firmen profitieren

Babler hat sich bei der **Bankenabgabe** durchgesetzt. Durch diese sollen in den nächsten zwei Jahren zusätzlich etwa 700 Millionen Euro reinkommen (ab 2027 drastisch weniger). Zum Vergleich: 2024 hat die Erste Group einen Gewinn von 3,1 Milliarden gemacht. Ebenfalls im letzten Jahr hat die OMV 1,7 Milliarden an Dividenden ausbezahlt, der Verbund 1,4 Milliarden und die Erste Group Bank AG 1,1 Milliarden. In Summe waren allein die Dividenden der ATX-Unternehmen 2024 höher als die für 2025 geplanten Kürzungen. Auch die anderen Maßnahmen, wo Energiekonzerne und Reiche zur Kasse gebeten werden sollen, sind in Wirklichkeit mickrig. Gegeben wird ihnen dafür reichhaltig: Für Selbstständige wird der Gewinnfreibetrag um über 40% erhöht, die Steuerbemessungsgrundlage reduziert

und die Pauschalierungen angehoben. Selbstständige und kleine Unternehmen werden künftig weniger überprüft - die Betriebsausgabenpauschale steigt um 45% (2025) bzw. 91% (von 2024 auf 2026) und bis zu einem Betrag von 35 Euro muss künftig kein Beleg mehr ausgestellt werden. Alles Maßnahmen, die die Steuerleistung von Firmen und Selbstständigen reduzieren.

Geplant ist die **Senkung der Lohnnebenkosten** ab 2027 durch Senkung bis hin zur Streichung der Firmen-Beiträge zum Familienlastenausgleichsfond (FLAF). Der FLAF finanziert u.a. Kinderbeihilfe, Wochengeld, Lehrlingsfreifahrt etc. Geplant ist, diese Ausgaben dann durch das Budget zu finanzieren. Wird das umgesetzt, bedeutet das eine **Ersparnis für die Unternehmen von über 6 Milliarden Euro pro Jahr und entsprechende Mehrkosten für das Budget**. Da der Druck auf Senkung der Lohnnebenkosten hoch ist, ist zu befürchten, dass trotz Budgetvorbehalt eine teilweise Senkung kommt, aber gleichzeitig eine Reduzierung der Leistungen "nötig" ist, weil es sich budgetär nicht "ausgeht".

Die beiden größten Steuerbrocken - Lohn- und Umsatzsteuer - werden im Wesentlichen von der Arbeiter*innenklasse bezahlt, machen rund zwei Drittel der gesamten Steuereinnahmen aus und werden nicht reduziert. Stattdessen werden die Tabaksteuer und diverse Gebühren erhöht (Pass etc.).

Verbesserungen mit Budgetvorbehalt

Babler war angetreten, die SPÖ wieder zur Partei für Arbeiter*innen zu machen. Davon hat er sich weit weg bewegt. Das Tempo der Verschärfungen im Pensionswesen ist einzigartig und greift in die **Lebensplanung von Millionen Menschen** ein! Wir sollen später in Pension gehen und brauchen künftig mehr Versicherungsjahre (42 statt 40) für einen früheren Antritt. Das macht es insbesondere für Frauen mit Kindern fast unmöglich, sich einen Pensionsantritt vor dem 65. Lebensjahr leisten zu können.

Der ÖGB behauptet, das Regierungsprogramm geht "in die richtige Richtung". Das ist eine grobe Realitätsverweigerung. Das "Konjunkturprogramm" ist sehr mager ausgefallen. Für

2025 ist ein einmaliges Standortpaket für Innovation, Internationalisierung und Fachkräfte von 40 Millionen Euro vorgesehen. Klingt gut? 2024 hat die Firma Austria Pet Food angekündigt, in die Niederlassung im Burgenland 40 Millionen Euro zu investieren und so in zwei Jahren rund 50 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das zeigt, wie klein das "Standortpaket" in Wirklichkeit ist....

Angesichts der schwachen Weltwirtschaft ist die Hoffnung, dass die Wirtschaft bald wieder wächst, auf Sand gebaut. Laufend gibt es Berichte über **Betriebsschließungen und Stellenabbau**. Österreich ist im dritten Jahr der Rezession und es ist kein Ende in Sicht. Die geplanten zusätzlichen Mittel für das **AMS** gelten nur für zwei Jahre und sind kombiniert mit **Kürzungen bei der Sozialhilfe und zusätzlichen Kosten für Geringfügig Beschäftigte**. Rund 650 Millionen Euro will sich die Regierung durch die **Aussetzung des letzten Drittels der Abgeltung der kalten Progression** sichern. Das gefährdet für viele Beschäftigte die ohnehin geringen Lohnerhöhungen der letzten Jahre.

Bei **Gewerkschafter*innen müssen alle Alarmglocken läuten**, wenn **Teilarbeitsfähigkeit** vorgesehen ist, der **Berufsschutz** angezweifelt wird, wenn geplant ist "**Regulierungsdichte im Arbeitsrecht** (zu) evaluieren mit dem Ziel, Vereinfachungen zu erreichen" und "**Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschutzrecht** (zu) modernisieren." Eine **Unterwanderung von Kollektivverträgen** wird durch die Steuerfreiprämie für Beschäftigte erreicht: Einmalige Prämien flachen die Einkommenskurve ab. All das hat der ÖGB bisher stets - korrekterweise - abgelehnt. Nun wird die Unterstützung der SPÖ und das Verhindern der FPÖ in der Regierung über inhaltliche Fragen gestellt und somit Maßnahmen hingenommen und sogar schöngeredet, die Verschlechterungen für die Arbeiter*innenschaft bedeuten.

Selbst die positivste Maßnahme, nämlich das **Einfrieren der Miete** bzw. die Beschränkung der Mietsteigerung gilt nur für etwa die Hälfte aller Miet*innen. Erhöhung über die Hintertür, durch überhöhte und undurchsichtige Betriebskosten sind zu befürchten. Die geplante Verlängerung von Befristeten Mietverträgen auf mindestens fünf Jahre ist eine Verbesserung - die allerdings kombiniert ist mit einer massiven Verschlechterung. Die Möglichkeit, sich zu

hohe Mieten zurückzuholen, wird von **30 auf fünf Jahre eingeschränkt**. Ein riesiges Geschenk an Hauseigentümer*innen und Immobilienunternehmen!

Die FPÖ sitzt doch in der Regierung

Babler stand als Bürgermeister von Traiskirchen lange für einen Kurs der aufzeigte, dass das Problem der Mangel an Ressourcen und nicht "die Flüchtlinge" sind. Das Regierungsprogramm streicht die Ressourcen und verwaltet den Mangel durch Rassismus. Zwar sind ein paar Maßnahmen gegen Rechtsextremismus vorgesehen, doch im Wesentlichen folgt man der **Hetze** der FPÖ gegen **Flüchtlinge und Menschen mit muslimischen Background**. "Deutsch-offensive" und "Gewaltschutz" werden in einem genannt, als ob es hier eine natürliche Verbindung gäbe und nicht der unsicherste Ort für Frauen stets die eigene Wohnung und damit die eigenen Partner wären - unabhängig von Herkunft oder Religion. Die Neos beginnen ihre Tätigkeit im Bildungsministerium mit der Darstellung, dass migrantische Kinder an den Problemen im Bildungswesen schuld wären. Völlig ignoriert wird, dass das Bildungswesen seit Jahrzehnten immer mehr Aufgaben bei viel zu geringen Ressourcen aufgebürdet bekommt. Der postulierte **scharfe Kurs gegen Asylwerber*innen** stellt eine neue Qualität dar; als Ziel wird formuliert, "**die Asylanträge im Inland auf null zu reduzieren**." Auch andere FPÖ-Forderungen sollen umgesetzt werden: **mehr Abschiebungen, mehr Schubhaft, Streichungen bei der Sozialhilfe für Geflüchtete und "Förderung unserer Feste"** (also Zwangsbeglückung mit v.a. christlichen Feste wie Nikolo, aber auch reaktionären wie dem Muttertag). Die "Selbstbestimmung" von Mädchen soll gestärkt werden, indem ihnen verboten wird, zu tragen, was sie wollen (Kopftuch). Die Regierung glaubt, mit rassistischen Populismus die FPÖ auszubremsen und setzt um, was rechte Hetzer*innen von FPÖ bis zu Identitären seit Jahren fordern. **Nichts davon wird die FPÖ stoppen**. Die Stimmung gegen Menschen mit Migrationshintergrund wird von so einer Regierung aber weiter angeheizt und rechte Hetzer*innen und Schläger*innen werden das nutzen und die Gewalt gegen Migrant*innen wird weiter steigen.

Angesichts der Weltlage und der "feindlichen Einflüsse" müsse die

"**Wehrhaftigkeit**" verbessert werden, schreibt die neue Regierung. Militarisierung soll auch in Schulen getragen werden. Das Regierungsprogramm macht klar, wofür Geld da ist (und wofür nicht): bis 2032 sollen 17 Milliarden zusätzlich für Aufrüstung verwendet werden. Das bedeuten **eine Erhöhung des Bundesheurbudgets von rund 50% pro Jahr**. Bis 2032 soll auch das **Nato-Ziel von 2% des BIPs für Wehrausgaben** erreicht werden (das ist mehr als eine Verdoppelung in sieben Jahren!).

Kürzen ist kein Naturgesetz

All das zeigt, dass es keine Frage des objektiven Geldmangels ist, sondern eine politische Entscheidung, wofür das Geld, das aus unseren Steuern kommt, ausgegeben wird. Diese Regierung wird den Lebensstandard von großen Teilen weiter verschlechtern. Kickl & Co. müssen sich nur zurücklehnen und zusehen, wie die Beliebtheitswerte der Regierung in den Keller rasseln. Dass die Gewerkschaftsführung die Füße still hält, um die Regierung zu stützen, macht es der FPÖ noch leichter. Doch viele Maßnahmen werden auch Proteste provozieren. Oft lokal, thematisch begrenzt und immer wieder auch ohne Unterstützung der Gewerkschaftsführung. Und diese Proteste sind die Grundlage, um die Regierung und ihr Programm, aber auch die FPÖ, auszubremsen und zu stoppen.

Die Wahlerfolge der KPÖ zeigen ebenso wie der (kurzfristige) Hype um Babler, wie groß der **Wunsch nach einer echten Alternative** ist. Eine echte Alternative zu dieser Koalition startet bei einem kämpferischen Programm für die Ausfinanzierung von Bildung, Gesundheit und Sozialem, mit Jobgarantien bei Betriebsschließungen, für leistbares Wohnen und gleiche Rechte für alle die hier leben - finanziert aus den Gewinnen der Konzerne und den Vermögen der Superreichen. Um so ein Programm können Linke aus der SPÖ, Betriebsrät*innen, KPÖ und Aktivist*innen im Umfeld von ihr und v.a. Beschäftigten und Klient*innen aus diesen Bereichen gemeinsam eine Kampagne und Bewegung aufzubauen. Diese kann der Startpunkt für eine politische Alternative, eine neue Partei für Arbeiter*innen und Jugendliche sein. Und nötig ist auch ein **sozialistisches Programm**, das über den Tellerrand des Kapitalismus hinaus blickt, um Kürzungen und Rechtsextremismus ein für alle Mal den Boden zu entziehen!